

Der Vorsitzende kündigte den Vortrag zu diesem Thema von Frau Esser an.

Frau Esser machte Ausführungen zum Thema: „Entbürokratisierung – kommunale Zusammenarbeit“. Entsprechende Unterlagen dazu wurden in der Sitzung verteilt.

Abg. Owczarczak-Borowski erfragte im Anschluss aus welchen Gründen konkrete Angebote des Kreises seitens der Kommunen nicht angenommen worden seien.

Frau Esser teilte mit, dass es keine spezielle Begründung gegeben habe, die Kommunen haben lediglich mitgeteilt, dass die Aufgabenwahrnehmung verwaltungsintern anders geregelt werden konnte.

Abg. Owczarczak-Borowski merkte an, dass es für den Rhein-Sieg-Kreis doch hilfreich sein müsste, zu wissen warum die Angebote nicht angenommen würden.

Der Landrat merkte an, dass es keinen Begründungszwang gebe.

Abg. Krupp-Knierim erwähnte, dass die meisten Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises ein Haushaltssicherungskonzept hätten und dadurch auch großen Druck, etwas zu tun, und erfragte, ob es eine Möglichkeit gebe, den Städten und Gemeinden solche Möglichkeiten nicht nur vorzuschlagen, sondern sie zu verpflichten.

Herr Carl antwortete, dass es seitens der Kommunalaufsicht nicht möglich sei, die Städte und Gemeinden zu verpflichten. Dies würde einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen. Man könne lediglich anmerken sowie Vorschläge machen und dies werde auch getan.

Abg. Hartmann merkte an, dass es mehrere Beispiele zur Zusammenarbeit gebe, z. B. im Bereich Rechnungsprüfung und erfragte diesbezüglich den Ist-Stand. Er erfragte weiterhin, ob es zwischen den Städten und Gemeinden bezüglich der Zusammenarbeit Unterschiede gebe, beispielsweise ob Gemeinden aufgrund ihrer Größe eher aufgeschlossener reagieren.

Es sei behauptet worden, dass über Bedarf ausgebildet werde, weil für die Kommunen mit ausgebildet werde. Auf Nachfrage hin sei herausgekommen, dass es hierüber keine Vereinbarung gebe. Abg. Hartmann bat um Mitteilung des Standes hierzu.

Frau Esser teilte hierzu mit, dass es bezüglich der Zusammenarbeit keinen eindeutig erkennbaren Unterschied zwischen Städten und Gemeinden gebe.

Bezüglich der Zusammenarbeit im Bereich Rechnungsprüfung teilte Frau Esser mit, dass diese gut funktioniere. Die Angebote seien seinerzeit vom Rechnungsprüfungsamt gemacht worden. Angenommen sei das Angebot von Troisdorf, teilweise Neunkirchen, Königswinter und Meckenheim. Laut Aussage der Kommunen sei das Angebot günstiger als die eigene Wahrnehmung der Aufgabe.

Der Landrat widersprach dem Abg. Hartmann und teilte mit, dass bezüglich des Bereiches Ausbildung nie behauptet worden sei, dass es eine generelle Vereinbarung für die Städte und Gemeinden gebe.

Herr Nitschke erläuterte ergänzend, dass es richtig sei, dass es keine schriftliche Vereinbarung mit den Kommunen gebe. Da die meisten Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis nicht mehr selber ausbilden, sei es aber so, dass diese sich bei Bedarf beim Rhein-Sieg-Kreis bedienen. Dieses Jahr seien zwei Auszubildenden des mittleren Dienstes, die in diesem Jahr ihre Ausbildung abgeschlossen haben, von einer kreisangehörigen Kommune übernommen worden. Des Weiteren sind insgesamt vier Personen im Bereich des gehobenen Dienstes zu anderen kreisangehörigen Kommunen abgeordnet. Für den Rhein-Sieg-Kreis sei es allerdings von Vorteil, wenn die Auszubildenden direkt im Anschluss an die Ausbildung übernommen werden, da sich diese dann im festen Beschäftigungsverhältnis befinden. Bei dem abgeordneten Personal trägt der Rhein-Sieg-Kreis das personelle Risiko weiterhin.

Abg. Heuel teilte mit, dass er es begrüße, dass es die von Frau Esser erläuterte Vorschlagliste zur kommunalen Zusammenarbeit gebe.

Es lägen nun konkrete Vorschläge vor, die von den Kommunen in ihrer finanziellen Situation als Chance angesehen werden müssten. Den Entscheidungsträgern in den Kommunen müsse deutlich gemacht werden, dass es nur mit Hilfe der Zusammenarbeit auch wirklich zu Kosteneinsparungen kommen könnte, die sich später in den Haushalten wieder spiegeln würden. Aufgabe der Fraktionen sei es nun zu überlegen, wie man die Initiative des Landrates unterstützen könne. Dies sei in Gesprächen möglich, aber auch eine gemeinsame Initiative der Fraktionen im Kreistag sei denkbar, die die Anregungen begrüßen und unterstützen.

Abg. Pagels teilte mit, dass er diesbezüglich eine Anfrage starten werde.

Der Vorsitzende dankte Frau Esser für ihre Bemühungen.